

10. Oktober 2002

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Rose fordert verstärkten Schutz und Förderung für Roma-Minderheiten in EU-Beitrittsländern

Anlässlich des gestern von der Kommission der Europäischen Union (EU) vorgelegten Erweiterungsberichts für den Beitritt von zehn Kandidaten im Jahre 2004 kritisierte der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, den für die Osterweiterung zuständigen Kommissar Günter Verheugen und die Regierungen der beitriftswilligen Länder Tschechien und Slowakei. In beiden Ländern sei für die nationalen Minderheiten der 300 000 tschechischen und 500 000 slowakischen Roma die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ebenso wenig gewährleistet wie die gleichberechtigten Bildungs- und Berufschancen, so Rose. Der hohen Zahl von Arbeitslosen unter der Roma-Minderheit stehe eine von der EU-Kommission hingenommene Politik des Nichtstuns gegenüber. Insbesondere in Tschechien glaube die Regierung, für die Roma-Minderheit im eigenen Land bestehe keine nationale sondern eine europäische Verantwortung, kritisierte Rose. Die tschechische Regierung habe bisher grundlegende Minderheitenrechte für den Schutz der Roma vor Rassismus und Vorurteilen nicht zuerkannt und die in der Slowakei seit kurzem gewährten Rechte seien bisher viel zu wenig in die Praxis umgesetzt, erklärte der Zentralratsvorsitzende. Seit dem Jahr 1999 sei Verheugen zu keinem Gespräch mit dem Zentralrat über diese Situation bereit gewesen, so die weitere Kritik Roses.